

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zwei Millionen für soziale Projekte – und niemand will sie

In einer Spezialkasse der Stadt Biel warten zwei Millionen Franken darauf, für Projekte in den Bereichen Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration ausgegeben zu werden. Doch kaum jemand bemüht sich darum. Dies berichtete «Der Bund» Anfang Januar. Es brauche eben Zeit, bis die neue Finanzquelle bei den verschiedenen Institutionen bekannt sei, zitierte die Zeitung Urs Zysset, den für die Vergabe mitverantwortlichen Sekretär der Schul- und Kulturdirektion. Die zwei Millionen stehen für Projekte der Stadt selbst, von

privaten oder öffentlichen Organisationen zur Verfügung. Man wolle aber nicht einfach normale städtische Aufgaben finanzieren, sondern neue, innovative Projekte von ausserhalb der Verwaltung. Trotzdem habe bisher vorwiegend die Verwaltung Bedürfnisse angemeldet, schreibt «Der Bund». So will der Sozialdirektor Private mit einer finanziellen Starthilfe zur Gründung von Kinderkrippen animieren. Die Chance, Geld für soziale Projekte zu erhalten, sei derzeit sehr gut, sagte Zysset laut «Bund».

Bund/gem

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

- **Neuer EKA-Präsident:** Seit Anfang Januar ist der frühere Neuenburger SP-Regierungsrat und Fast-Bundesrat Francis Matthey neuer Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA). Er löst Rosemarie Simmen ab, die das Amt vor zwei Jahren von Fulvio Caccia übernommen hat. Trotz der damaligen Turbulenzen habe das Gremium sich neu konstituieren und das Terrain für wichtige politische Vorlagen vorbereiten können, sagte Rosmarie Simmen im Dezember vor den Medien. Sie nannte die laufende Bürgerrechtsrevision sowie das neue Ausländergesetz, das u. a. die Integration der AusländerInnen verbessern will. Dieses grosse Werk, so die Befürchtung der scheidenden Kommissionspräsidentin, werde wohl kaum schlank durch die Räte gehen.

- **Höhere Kinderzulagen:** Neu erhalten Bauernfamilien in bescheidenen Verhältnissen sowie landwirtschaftliche Ar-

beitnehmerInnen um fünf Franken höhere Kinderzulagen. Talgebiet: 165 Franken (170 Franken ab dem dritten Kind), Berggebiet: 185 Franken (190 Franken ab dem dritten Kind). Die KleinbäuerInnen haben Anspruch auf Kinderzulagen, wenn ihr reines Einkommen 30'000.– Franken im Jahr nicht übersteigt. Diese Grenze erhöht sich um 5'000 Franken pro Kind. Bei Einkommen, welche die Einkommensgrenze um höchstens 7'000 Franken übersteigen, besteht Anspruch auf einen Teil der Zulagen.

- **Steigende Erwerbslosigkeit:** Seit dem Sommer nimmt die Anzahl der Menschen zu, die eine Arbeitsstelle suchen, aber keine finden. Betrug die Quote der Erwerbslosen im Juni noch 1,6 Prozent, stieg sie im November auf 2,1, Ende Jahr auf 2,4 Prozent: Wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mitteilt, hat der Anstieg um 8'400 auf rund 86'000 Erwerbs-

lose vor allem saisonale Gründe. Nur ein Viertel des Zuwachses sei mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage zu erklären, zitierte der «Tages-Anzeiger» Anfang Januar Roland Aepli von der Konjunkturforschungsstelle Kof/ETH. Sein Institut hatte im Oktober eine «Stabilisierung der Arbeitslosenquote auf niedrigem Niveau», unter 2 Prozent, vorausgesagt. Bis zum dritten Quartal habe die Beschäftigung zugenommen (rund 40'000 neue Stellen), erklärte Aepli, allerdings hätten mehr Menschen als erwartet ihre Arbeitskraft auf dem Markt angeboten. Laut TA lahmt die Schweizer Wirtschaft zusehends: So stagnierte sie im dritten Quartal bei einem Wachstum von 0,1 Prozent, und im November gingen die Exporte um nominal 3,7 Prozent zurück; gleichzeitig waren über 7'800 Personen von Kurzarbeit betroffen. Das Kof-Konjunkturbarometer signalisiere eine weitere Abschwächung der Wirtschaft bis Mitte 2002.

- **Gleichstellung:** Die Gleichstellung der Frauen hat im rechtlichen Bereich Fortschritte erzielt. Dies schreibt der Bundesrat laut Medienberichten in seinem ersten Bericht an die Uno. Der Bericht, so der Bundesrat, enthalte erstmals eine derart grundlegende Bestandaufnahme, so dass er inskünftig als Grundlage dienen könne für einen «sachlichen Dialog» über Gleichstellungsfragen. Die rechtlichen Fortschritte wurden demnach erzielt in den Bereichen Familienrecht, Niederlassung, Aufenthalt sowie Sozialversicherungsrecht. Gemäss Bericht bestehen faktisch aber weiterhin in vielen Lebensbereichen gravierende Unterschiede zwischen Frauen und Männern, zum Beispiel in der höheren Bildung, im Berufsleben, bei der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie in der Politik. Die Koordination von Nichtre-

gierungsorganisationen «post Beijing Schweiz» und der Verein Menschenrechte Schweiz begrüssen laut Medienberichten die Veröffentlichung. In einem eigenen Bericht zuhanden des Uno-Ausschusses wollen sie die gesellschaftliche Realität hinter den Gesetzestexten jedoch «breiter und kritischer» beleuchten, insbesondere die Situation der Landfrauen.

- **Schweiz und Mazedonien:** Seit Januar ist das Abkommen über Soziale Sicherheit zwischen der Schweiz und Mazedonien gültig. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden bisher durch einen Vertrag mit dem ehemaligen Jugoslawien geregelt. Das neue Abkommen entspricht den Verträgen mit Slowenien und Kroatien und regelt die Versicherungszweige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Familienzulagen in der Landwirtschaft. Zusätzlich enthält es Bestimmungen über die Krankenversicherung. Der Vertrag bringt eine weitestmögliche Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragspartner und gewährleistet die Auslandszahlung der Renten.

- **EDMZ mit neuem Namen:** Die Vertriebsstelle für Bundespublikationen im Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ändert ihren Namen: Neu heisst die frühere EDMZ «BBL, Vertrieb Publikationen». Gleichzeitig wurde der Internet-Auftritt des BBL neu lanciert und der bisherige Online-Shop www.admin.ch/edmoz darin integriert. Die neue Adresse für Internet-Bestellungen lautet: www.bbl.admin.ch/bundespublikationen. Vorläufig werden die alten Adressen www.edmoz.ch und www.ocfim.ch auf die neue umgeleitet; direkt auf die Bestellseiten für Bundespublikationen führen zudem www.bundespublikationen.ch und www.publicationsfederales.

Zusammenstellung: gem